

Maschinenindustrie

Oerlikon erhält
Auftrag von
MTU Aero Engines

BALZERS/PFÄFFIKON Die Oerlikon Balzers hat einen 10-Jahres-Vertrag mit MTU Aero Engines für den Erosionsschutz «ERCoatnt» für die Komponenten der neuen GTF-Triebwerke unterzeichnet, die im Airbus A320neo eingesetzt werden. Dies teilte das Unternehmen am Dienstag mit. Die Beschichtung soll dazu beitragen, den Wirkungsgrad dieses Triebwerks zu verbessern. Die langfristige Partnerschaft zwischen MTU Aero Engines und Oerlikon Balzers habe zum Ziel, bei der Entwicklung zukünftiger Oberflächenlösungen enger zusammenzuarbeiten. Die Kooperation der beiden Unternehmen soll ihre jeweiligen Kompetenzen stärken und mit erosionsbeständigen Beschichtungen auf MTU-Triebwerkskomponenten einen weiteren Beitrag zur Effizienzsteigerung der PW1100G-JM-Triebwerke leisten. (red/pd)

Bank Alpinum

Michael Rey
übernimmt
Risk Management

Michael Rey. (Foto: ZVG)

VADUZ Michael Rey ist neuer Chief Risk Officer bei der Bank Alpinum in Liechtenstein, das gab das Unternehmen in einer Mitteilung bekannt. Zuvor war Rey bei der VP Bank Liechtenstein als Head Group Risk tätig. Michael Rey studierte Mathematik an der ETH Zürich mit Vertiefung in Finanz- und Versicherungsmathematik. Nach seinem Studium arbeitete Rey über zehn Jahre im Investment Banking der UBS an den Standorten Zürich, Tokio, London und Singapur. (red/pd)

Kryptowährungen

Bitcoin fällt unter
30 000 Dollar

ZÜRICH Der Bitcoin ist am Dienstag erstmals seit Januar 2021 wieder unter die Marke von 30 000 Dollar gefallen. Belastet wird die Stimmung vor allem vom verschärften Kurs der chinesischen Behörden gegen Kryptowährungen. Damit hat der Bitcoin die gesamten Gewinne des laufenden Jahres wieder abgegeben. Am Dienstagnachmittag notiert der Kurs auf der Plattform Bitstamp bei rund 29 700 US-Dollar und damit rund 7,5 Prozent unter dem Vortagesniveau. Die Marktkapitalisierung ist innerhalb der letzten 24 Stunden um rund 60 Milliarden Dollar geschrumpft. Auch andere Digitalwährungen büssen massiv an Wert ein. So verlieren etwa die Börsenplattform-Währungen Binance Coin oder XRP und Dogecoin innert 24 Stunden knapp 20 Prozent an Wert. (awp/sda)

www.volksblatt.li

«Service public»: Monauni sieht
keinen akuten Handlungsbedarf

Privatisieren? Inwieweit erfüllen Post, Telecom, Gasversorgung, LKW und Liebmobil noch einen Service public? Dieser Frage widmet sich die Stiftung Zukunft.li in einer am Freitag veröffentlichten Studie. Doch wie bewerten die zuständige Ministerin und die betroffenen Unternehmen die Empfehlungen der Studie?

VON SEBASTIAN ALBRICH

Die Aussagen in der Studie der Stiftung Zukunft.li mit dem Titel Studie «Service public: Mehr privat - weniger Staat» fielen dabei teils sehr deutlich aus: «Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Rechtfertigungsgrund mehr für eine staatliche Telecom», ist darin beispielsweise zu lesen. Auch soll der Universaldienstauftrag aufs Nötigste beschränkt werden. Das ist jedoch nicht die einzige Erkenntnis: Auch das Grundversorgungsangebot der Liechtensteinischen Post sollte überdacht und modernisiert werden. Der Service-public-Auftrag im Postsektor könnte zudem auch beispielsweise im Zehn-Jahres-Intervall ausgeschrieben werden. Insgesamt gibt die Stiftung Zukunft.li zu vierein der fünf Unternehmen klare Empfehlungen ab (das «Volksblatt» berichtete).

Reaktion bleibt vorsichtig

Teils klare Ansagen also, zu denen sich die betroffenen Unternehmen auf Anfrage des «Volksblatts» nicht äussern wollten. «Wir nehmen die Studie der Stiftung Zukunft.li zur Kenntnis. Die Telecom Liechtenstein AG hält sich an die Eignerstrategie und an die Vorgaben der Regierung», so die Antwort der Telecom. Auch seitens der Post heisst es, man habe die Studie zur Kenntnis genommen, wolle diese aber nicht kommentieren. Auch bei LIEMobil, die in der Studie als Best-Practice-Beispiel für den Pahl Peace Prize Service public im liechtensteinischen Infrastruktursektor präsentiert wird, verweist man bezüglich Fragen auf den Eigner, wie Geschäftsführer Jürgen



Eine neue Studie der Stiftung Zukunft.li regt die Privatisierung bei Post und Telecom an. (Fotos: Volksblatt)

Frick mitteilt. Ähnlich knapp hält sich die Liechtensteinische Gasversorgung. Auch sie will keine Stellung nehmen und verweist darauf, dass sich die Studienergebnisse an die Regierung als Eigentümer richten. Wie Geschäftsleiter Michael Baumgärtner erklärt, seien sie jedoch etwas erstaunt, dass von den Studienverfassern nicht berücksichtigt wurde, dass «die LGV im Geschäftsbericht 2020 kommuniziert hat, mittels neuer Unternehmensvision einen wichtigen Beitrag zur Energiestrategie 2030 zu leisten». Dabei setze man vor allem auf den kurzfristigen Schwerpunkt der Forcierung der Fern- und Nahwärmeversorgung sowie mittelfristig auf die De-Fossilisierung des Gasnetzes mittels erneuerbarer Gase und allenfalls Wasserstoff. Der Klimapolitik und Fokus auf die Wärmenetze waren Kernempfehlungen in Bezug auf die LGV.

«Offene Türen», bekannte Ideen

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) betonen, dass mehrere der in der Studie angesprochenen Empfehlungen bereits in Arbeit sind und man damit bei den LKW offene Türen einrenne. So zum Beispiel bei der Stromhandelsplattform und den Entwicklungen im Bereich Smart

Grid. «Hier sind wir schon viel weiter als vergleichbare ausländische Unternehmen», erklärt Gerald Marxer, Vorsitzender der Geschäftsleitung. Auch der Vorschlag, die Marktbereiche aufzugeben, sei nicht wirklich neu und somit auch nicht überraschend. Ein Rückzug aus den Zusatzdiensten sei aus strategischen Überlegungen jedoch nicht wünschenswert.

«Die Marktbereiche helfen den LKW, Kosten zu verteilen und führen somit indirekt zu tieferen Preisen in der Grundversorgung», so Marxer. Wie eine Kundenumfrage im vergangenen Jahr zudem gezeigt habe, würden viele Kunden die Produkte und Dienstleistungen der LKW schätzen. Insbesondere der «EnergieLaden» erbringe Leistungen, die nicht von anderen Anbietern in Liechtenstein erbracht würden. Zudem seien Bereiche wie Fotovoltaik, Smart Home, etc. sehr nahe beim Kerngeschäft der LKW, und viele Kunden würden es laut Marxer sicher nicht gutheissen, wenn langjährige Lieferanten- und Kundenbeziehungen abgebrochen würden. Was die in der Studie angeregte Fusion von LKW und LGV zu einem Energieunternehmen angeht, ist das für Marxer eine «Interessensabwä-

gung und Entscheidung», die die Regierung als Eigner der LKW und der LGV treffen muss. Die LGV äusserte sich zur Fusionsempfehlung hingegen nicht.

Monauni mahnt zur Vorsicht

Damit liegt der Ball beim Eigner. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, als zuständige Wirtschaftsministerin, sieht jedoch keinen akuten Handlungsbedarf. «Natürlich kann man Privatisierungsschritte, wie sie von der Studie angeregt werden, diskutieren bzw. sollte man den Grundversorgungsaufrag regelmässig hinterfragen», so Monauni auf «Volksblatt»-Anfrage. Man habe in Liechtenstein jedoch gut funktionierende Staatsunternehmen, die einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag erfüllen. Diese würden die Bevölkerung mit verlässlichen und bezahlbaren Dienstleistungen versorgen und inländische Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellen. «Wir sollten daher mit Privatisierungsforderungen sehr vorsichtig sein, denn mit unseren Staatsbetrieben können wir das Angebot mit Versorgungsleistungen aktiv gestalten und das hierzu erforderliche Know-how auch im Inland erhalten», mahnt die Wirtschaftsministerin.

Schweizer sind auch
im Coronajahr reicher geworden

Zuwachs Die Coronapandemie hat im vergangenen Jahr zu wirtschaftlichen Turbulenzen geführt. Doch davon zeigte sich der Vermögensaufbau der Schweizer weitgehend immun.

Schweizer sind gemessen am Vermögen pro erwachsener Person erneut wohlhabender geworden. Weltweit haben die Vermögen pro Erwachsenem einen neuen Höchstwert erreicht. Konkret betrug 2020 das Vermögen pro Erwachsenem hierzulande 673 960 US-Dollar, ein Plus von 11,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wie aus dem am Dienstag erschienen «Global Wealth Report» der Credit Suisse hervorgeht. Das Bruttovermögen stieg dabei mit einer ähnlichen Rate, was gemäss CS bedeutet, dass die Schulden (Hypothesen) etwa mit der gleichen Rate wie das Vermögen zugenommen haben. Mit ihrem Vermögen liegen die Schweizer weltweit an der Spitze, gefolgt von den USA, in denen die Vermögen pro Erwachsenem um 41 870 Dollar auf 506 420 Dollar gestiegen sind. An dritter Stel-

le folgt Hongkong, wo die Vermögen gar um 26 420 auf 503 340 US-Dollar abgenommen haben. Insgesamt stieg das weltweite Gesamtvermögen um 7,4 Prozent auf sagenhafte 418,3 Billionen US-Dollar und das Vermögen pro Erwachsenem um 6,0 Prozent auf einen Höchstwert von 79 952 US-Dollar. Die allgemeine Abwertung des US-Dollar trug jedoch mit 3,3 Prozentpunkten zum Wachstum bei, rechnet die CS vor. Bei gleichbleibenden Wechselkursen gegenüber dem Jahr 2019 wäre das Vermögen pro Erwachsenem um 2,7 Prozent gewachsen. Dabei habe insbesondere das Vermögen derjenigen Gruppen, die einen höheren Anteil an Aktien in ihrem Vermögen haben, tendenziell besser abgeschnitten, heisst es weiter. In den meisten Märkten hätten ausserdem Hauseigentü-

mer aufgrund steigender Immobilienpreise Kapitalgewinne erzielt. Angesichts der gestiegenen Vermögen überrascht es nicht, dass weltweit die Anzahl der Millionäre um 5,2 Millionen auf 56,1 Millionen zugenommen hat. 2020 sei das Jahr, in dem zum ersten Mal mehr als ein Prozent aller Erwachsenen weltweit nominal Dollarmillionäre waren, schreibt die CS. In der Schweiz beträgt der Anteil der Millionäre gar knapp 15 Prozent der Erwachsenen, was weltweit Spitze ist: Im Jahr 2000 waren es im Vergleich dazu erst 3,6 Prozent. Noch stärker wuchs die Gruppe der sehr vermögenden Personen (UHNW, Vermögen über 50 Millionen US-Dollar), die einen Zuwachs von 24 Prozent auf 215 030 Personen und damit die höchste Steigerungsrate seit 2003 verzeichnete. (sda/awp)

Eurozone

Kauflaune bessert
sich fünften Monat
in Folge

BRÜSSEL Die Stimmung der Konsumenten im Euroraum hat sich im Juni erneut aufgehellt. Das Barometer für das Verbrauchervertrauen stieg zum Vormonat um 1,8 Punkte auf minus 3,3 Zähler und damit zum fünften Mal in Folge, wie aus den am Dienstag veröffentlichten Daten der EU-Kommission hervorgeht. Von Reuters befragte Ökonomen hatten sogar mit einem Anstieg auf minus 3,0 Zähler gerechnet. Die Wirtschaft der Eurozone leidet unter der Viruskrise und war im ersten Quartal um 0,6 Prozent geschrumpft. Allerdings haben erste Lockerungen vom Corona-Lockdown Industrie und Dienstleistern im Mai insgesamt zum stärksten Wachstum seit Februar 2018 verholfen, wie aus der monatlichen Umfrage des Instituts IHS Markit unter Tausenden Unternehmen hervorgeht. (awp/sda/reu)